

Gartenlaube als Wohnung i. S. v. § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB

BGH, Beschluss v. 04.11.2025 – 5 StR 483/25, NJW 2025, 3801

I. Sachverhalt

Der Angeklagte brach in mehreren Fällen in eine Gartenlaube ein, aus der er anschließend Gegenstände entwendete, um sie für sich zu verwenden. In einer der Lauben ließ er sich eine Zeit lang „häuslich nieder“. Die in einer Kleingartenanlage gelegenen Lauben waren jeweils mit Schlafplätzen, Koch- und Sitzgelegenheiten sowie sanitären Anlagen ausgestattet und dienten den Parzelleninhabern jedenfalls in den Sommermonaten auch tatsächlich als Unterkunft. Nach der Verordnung der Kleingartenanlage ist ein Übernachten unzulässig.

II. Entscheidungsgründe

Das Landgericht Berlin I verurteilte u. a. wegen Wohnungseinbruchsdiebstahls nach § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB. Der BGH verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet.

Wohnungen i. S. d. § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB sind abgeschlossene und überdachte Räume, die Menschen zumindest vorübergehend als Unterkunft dienen und nicht bloße Arbeits-, Geschäfts- oder Ladenräume sind.

Die Gartenlauben waren abgeschlossen, überdacht und so eingerichtet, dass sie zumindest vorübergehend als Unterkunft dienen konnten. Nach dem Schutzzweck des § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB bietet eine derart eingerichtete Laube auch einen erhöhten Eigentums- und Gewahrsamsschutz und vermittelt eine räumliche Privat- und Intimsphäre.

Maßgeblich ist der Zweck der Stätte, nicht ihr tatsächlicher Gebrauch. Deshalb spielt es strafrechtlich keine Rolle, dass die Laube zur Tatzeit in den Wintermonaten nicht tatsächlich als Schlafgelegenheit genutzt werden.

Ob öffentlich- oder privatrechtliche Vorschriften – wie hier die Verordnung der Kleingartenanlage – entgegenstehen, ist deshalb nicht entscheidend. Zudem bestimmt die Regelung des § 3 Abs. 2 S. 2 Bundeskleingartengesetz nur, dass eine Laube nicht zum dauerhaften Wohnen geeignet sein darf.

III. Problemstandort

Wohnungsbegriff des § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB